

Verordnung

betreffend die

Neuausgabe von Petroleum-Bezugskarten im Gebiete der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Nach Verordnung des I. I. Statthalters im Erzherzogtum Oesterreich unter der Enns vom 8. August 1917, Ia 1/538, werden vom 2. September 1917 angefangen neue amtliche Petroleumbezugskarten ausgegeben.

Es werden nachfolgende Anordnungen getroffen:

1. Die bisher bestehenden Petroleumabgabekarten sowie die Gebahrung mit den Petroleumbezugskarten bleiben unverändert aufrecht.
2. Die für die Beleuchtung der Flur, des Hofs, der Gänge und Stiegen für Häuser ausgestellten Petroleumbezugskarten behalten ihre Gültigkeit.

3. Es gelangen folgende amtliche Petroleumbezugskarten neu zur Ausgabe, und zwar:

- a) b) c) d) folgt für die Beleuchtung von Wohnhäusern, Geschäftsräumen und Gewerbebetrieben, welche einzeln und allein auf Petroleumbeleuchtung angewiesen sind. Es wird hiermit ausschließlich bestimmt, daß diejenigen Gewerbebetriebe, deren Betriebserlöse einzeln und allein durch Petroleum bestrichen sind, sofern sie nicht über einen 3 Meter überliegenden Petroleumverbrauch verfügen, für die Beleuchtung der Flur, des Hofs, der Gänge und Stiegen mit Ausnahme Sonntags der Betrieb in Frage kommtenden Betriebs vor Berüfung des entsprechenden Teils der jeweils bestimmen Bedeckungs-Volumens gegen Bezahlung des Einheitspreises ohne Aufschlagszins zu übergeben. Die Auslandssiedlungen erhalten bei der jährlichen Best- und Weihstimmung gegen Aufschlags-folgernde Gestaltung, die dem Ia entgegengebracht wird, die gebührende Petroleumbezugskarte.

„Zu Kenntnis, daß wichtige Angaben streng befreit werden, gebe ich hiermit die Wahrheitgetreue Gestaltung ab, daß ich für

die Wahrheit, deren
nicht abschließende Geschäftsführer, dessen
Wahrheitgetreue Gestaltung, deren

Beleuchtung einzeln und allein auf Petroleum angewiesen ist, nicht mehr als 3 Meter Höhe betrage.“

„Zu dieser Wohnung werden nun kleinste Gewerbe bestimmt, welche einzeln und allein durch den Betrieb gleichzeitig erbringe.“

„Die bestehende Form des Entgelts der jeweils bestimmen Bedeckungs-Volumens gegen Bezahlung des Einheitspreises ohne Aufschlagszins übergeben.“

Die bestehende Form ist für diese Karten mit „Vier Petroleum bestimmt.“

d) für Wohnungen, welche einzeln und allein auf Beleuchtung auf Petroleum angewiesen sind, und

e) für Bewohner der Altersheimen gewisse Wohnungen, welche einzeln und allein auf Petroleum angewiesen sind.

Die bestehende Form ist für diese Karten mit „Vier Meter mit 1/3 Vier Petroleum schlägt.“ Für eine Wohnung wird nicht mehr als eine Bezugskarte für Altersheimung abgegeben, ausdrücklich nur der Zahl der Altersheime und der an der bezeichneten Wohnung.“

Die bestehende Form ist für die Dienstbotenwohnungen und anderen Räumen, wie Badezimmer, Küchen u. dgl., welche keine Petroleumbezugskarte empfängt.

Die Abgabe der unter d) und e) beschriebenen Petroleumbezugskarten ist an die Abgabe nachtheiliger der jährlichen Best- und Weihstimmung abhängig, die dem Ia entgegengebracht wird.“

„Zu Kenntnis, daß wichtige Angaben streng befreit werden, gebe ich hiermit die Wahrheitgetreue Gestaltung ab, daß ich für die Beleuchtung

meiner Wohnung
zu Kenntnis gegebene Wohnungszimmer,

welche einzeln und allein auf Petroleum angewiesen ist (hier), nicht mehr als 1/3 Vier Petroleum beträgt.“

„Zu bestätigen den Entgelt der jüngsten Petroleumbezugskarte.“

4. Hausbesitzer, Geschäftsinhaber und Wohnungsinhaber, welche wegen ihres Vorrates an Petroleum vom Bezug der amtlichen Petroleumbezugskarten ausgeschlossen sind und daher angewandt eine Erklärung in der oben angegebenen Art nicht abgeben können, erwerben den Anspruch auf Auslösung von Petroleumbezugskarten erst nach Verminderung bei einem das Maß des Zulässigen nicht überschreitenden Verbrauche auf oder unter die zur Abgabe der entsprechenden Erklärung erforderliche Menge.

5. Die amtliche Petroleumbezugskarte ist an das Haus, dagegen Geschäftsräume, wo an der Wohnung gebunden, Es werden daher die Hausbesitzer, beginnend durch die Stellvertreter, im Falle der Übertragung des Eigentumsrechtes des Hauses oder der Vermietung desselben an eine andere Person verpflichtet, die Petroleumbezugskarte für die Hausbeleuchtung, beginnend durch die Geschäftsinhaber und Wohnungsinhaber verpflichtet, im Überlebensfall des Haushalters dem Geschäftsinhaber, bzw. in ihrem Besitz befindlichen Petroleumbezugskarten zu übergeben, welcher dieselben dem neuen Geschäftsinhaber, bzw. einem neuen Wohnungsinhaber zu übergeben hat. Petroleumkarten für Altersmutterbedienung sind im Falle der Auflösung des Verstanderverhältnisses vom Wohnungsinhaber, bzw. vom Hausbesitzer unverzüglich der zuständigen Best- und Weihstimmung rückzuführen; daselbe hat zu erfolgen, wenn die Petroleumbeleuchtung durch eine andere Beleuchtung ersetzt wird, die Wohnung leer steht oder aus sonst einem Grunde, wie Absatz, Landaufenthalt u. dgl. geschlossen wird. Petroleumbezugskarten für Heimarbeiterwohnungen sind, sobald die Heimarbeit angeschafft wird, sofort der zuständigen Weihstimmung beizuhalten und der zuständigen Weihstimmung beizuhalten, welche die alte Petroleumbezugskarte nicht beilegen können, haben unter Begründung dieser Unmöglichkeit die Bezugspflicht befreit zu machen.

Am Ende des Heimarbeiters, Geschäftsinhabers oder Wohnungsinhabers kann auch ein durch die Dokumente als solche legitimierter Vertreter, für dessen Angaben der Vertreter zu haften hat, die erforderliche Erklärung abgeben und die amtliche Petroleumbezugskarte in Empfang nehmen.

7. Die Anmeldung befußt Erhaltes der Petroleumbezugskarte findet bei der zuständigen Best- und Weihstimmung statt, und zwar für die Bewerber mit den Anfangsbuchstaben des Familiennamens:

A-G am 28. August 1917 | in der Zeit zwischen 8 Uhr früh bis 11 Uhr vormittags

H-Q am 29. August 1917 | und 2 bis 5 Uhr nachmittags.

R-Z am 30. August 1917

8. Die Petroleumbezugskarte ist eine öffentliche Urkunde. Ihre Fälschung wird nach dem Strafgesetze geahndet. Wegen Erneuerung der Karte werden vor deren Ablauf die nötigen Weisungen fundgemacht werden.

9. Übertritte der Bestimmungen dieser Verordnung werden vom zuständigen magistratischen, Bezirksamt mit Geldstrafen bis zu 5000 Kronen oder nach dessen Erreichen mit Arrest bis zu 6 Monaten bestraft, sofern die Übertretung nicht einer strengerem Bestrafung unterliegt. Wer zu solchen Übertritten anhält oder bei ihrer Ausführung mitwirkt, wird in gleicher Weise bestraft. Im Falle der Verurteilung eines Gewerbetreibenden kann, auch auf den Weisungen des § 133, Absatz 1, III, der Gewerbeordnung aufgetragen, auch auf den Weisungen seiner Gewerbevertretung für immer oder auf bestimmte Zeit erlassen werden.

10. Auf Objekte der Militärverwaltung und Nämlichkeiten, welche in militärischer Benützung stehen, findet diese Verordnung keine Anwendung.

Bom Magistrat der I. I. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien als politischer Behörde I. Instanz.

Wien, am 22. August 1917.